

den Erzbischöfen, den Bischöfen der ganzen Christenheit in den verschiedenen Riten und Gegenden der ganzen Welt, den Äbten, den Mitgliedern jeden Ranges aus dem Welt- und Ordensklerus und allen aus dem geistlichen Stande, die zur Teilnahme an Unserer Sorge und als Angehörige des Leibes der allgemeinen Kirche berufen sind, ihren Beitrag an Gebet, an Rat und Tat zu dem großen Ereignis zu leisten, zu dem die Vorsehung des Herrn uns eingeladen oder als Mitarbeiter berufen hat.

Seit der ersten Ankündigung des 2. Vatikanischen Ökumenischen Konzils hat die christliche Welt gespürt, daß ein Strom geistlichen Lebens die Seelen in eine ungewöhnliche Schwingung versetzt.

Bei den lauterer Seelen hat diese Schwingung ihren Schwerpunkt in vertrauensvollem Gebet gefunden, das lieblich im Ohr und im Herzen klingt. Stimmen der Unschuld, Stimmen geweihter Seelen, Stimmen der Leidenden erheben sich von allen Orten der Erde.

In den ersten Jahren der Geschichte der Kirche geschah es, daß der erste Papst, Petrus, der Verfolgung zum Opfer fiel, der Freiheit beraubt und eingekerkert wurde. Das Buch der Apostelgeschichte berichtet ergreifend, wie man in der ganzen Kirche für ihn ohne Unterlaß zu beten begann. Seit zwanzig Jahrhunderten dauert dieses Gebet für das Oberhaupt der katholischen Kirche an. Ihr könnt verstehen, wie es dem Papst Kraft, geistige Sicherheit und Ruhe gibt, daß er sich so von seinen ehrwürdigen Brüdern und geliebten Söhnen in aller Welt gestützt weiß. Dieses Gefühl hält ihn in dauernder Verbindung mit der heiligen allgemeinen Kirche, einer Verbindung des Gebetes, das Antwort gibt auf Gebet, des Leidens, das Antwort gibt auf Leiden.

Gedenken der verfolgten Kirche

Die gütige Vorsehung unseres Herrn hat es gefügt, daß der Bischof von Rom, der seit Jahrhunderten als sein

Stellvertreter auf Erden begrüßt wird, sich heute einer persönlichen Freiheit erfreut, die ihm die Ausübung seines heiligen geistlichen Amtes erlaubt, ebenso wie es dem ersten Papst Petrus beschieden war, als er schließlich aus dem Kerker des Herodes befreit wurde.

Aber da ist eine Betrübnis für den Papst, die ständig schwer auf seinem Herzen lastet: die Erinnerung an seine vielen, an die allzu vielen geliebten Brüder im bischöflichen Amt, die hervorragenden Priester und eifrigen Gläubigen, die da und dort in verschiedenen Teilen der Erde leiden unter der Beraubung der menschlichen und religiösen, manchmal sogar der physischen und moralischen Freiheit, und sogar unter Zwangsmaßnahmen, die denen vergleichbar sind, die von den ersten Helden und Märtyrern des Christentums erduldet werden mußten.

Wir wissen, was es bedeutet, mit Christus zu leben, mit seinem Evangelium, mit seinem Kreuz, und was Wir von den Feinden Christi und der christlichen Zivilisation zu erwarten haben. Das macht Uns um so empfindlicher für die Trübsal Unserer Brüder, die weiterhin Bedrängnis erleiden, und stärkt Unsern Wunsch, für sie alle und für die ganze Welt den Anbruch der Wahrheit, der Gerechtigkeit, der Freiheit und des Friedens zu beschleunigen.

Möge die hingabefreudige und besinnliche Arbeit der unmittelbaren Vorbereitung des Ökumenischen Konzils mit dem geordneten und wertvollen Beitrag der Mitarbeiter der zehn Kommissionen und der Sekretariate, die jetzt darangehen, sich der großen Aufgabe zu widmen, die vor einem jeden liegt, immer den Ruf der Kirche vernehmen, die zum Kugelfang der Verfolgung geworden ist. Möge sie mit ihr die Gemeinschaft des Gebetes, der Mühsal und der Verdienste suchen, die den erfolgreichen Ausgang des heiligen Unternehmens gewährleisten, das die Vorsehung uns anvertraut, und für das gegenwärtige und das ewige Leben ihren Lohn finden in Christus Jesus, dem glorreichen und unsterblichen Herrn der Zeiten und der Völker. Amen.

Die Kirche in den Ländern

Die Kirche in Polen im Jahre 1960

Seit dem letzten Bericht über die Lage der Kirche in Polen in dieser Zeitschrift (Herder-Korrespondenz 14. Jhg., S. 269) sind die Sorgen um ihre Zukunft im wesentlichen die gleichen geblieben. Die Bischöfe haben ihnen auf ihrer Konferenz in Czenstochau im September 1960 durch einen gemeinsamen Hirtenbrief unverhüllt Ausdruck gegeben. Die Verkündigung dieses Hirtenschreibens von den Kanzeln wurde allerdings im letzten Augenblick auf Ersuchen der Regierung abgesagt. Sie hätte an dem gleichen Sonntag stattfinden sollen, als Gomulka zur Jahresversammlung der Vereinten Nationen nach New York abreiste. Mit Rücksicht auf dieses Ereignis, das sie nicht voraussehen konnten, haben die Bischöfe auf die öffentliche Bekanntgabe ihres Schreibens ganz und gar verzichtet und auch den Wunsch geäußert, daß die ausländische Presse über seinen Inhalt schweigen möge.

Solidarität mit der Nation

Die Solidarität des Episkopates mit den Interessen der Nation und ihrer Vertretung durch die Regierung gegen-

über dem Ausland ist durch die weltanschaulichen und kirchenpolitischen Gegensätze nie berührt worden. Das ist ein wichtiger Zug in dem Bild, das die polnische Kirche uns bietet. Er hat gelegentlich Ausdrucksformen gefunden, die für Deutsche schmerzlich sind. Das gilt besonders von gewissen Äußerungen des Kardinals Wyszyński (vgl. seine Predigt vom 17. August in Marienburg; Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 122). Schon früher einmal hat sich der Kardinal nach Mitteilung der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ (16. 3. 60) in seiner Stellungnahme gegen die staatlich geförderte Geburtenkontrolle eines bemerkenswerten nationalen Argumentes bedient, als er fragte: „Wie können wir uns unserer Grenzen und des Friedens in Europa sicher fühlen, wenn 198 Deutsche auf einem Quadratkilometer wohnen und nur 88 Polen? Wenn wir ein starkes Polen wollen, brauchen wir noch weitere 25 Millionen Menschen.“ Diese Äußerungen werden hier nicht wiedergegeben, um sie zu kritisieren, was allein schon die Erinnerung an die deutsche Schuld gegenüber Polen verbietet, sondern um beizutragen, daß die Worte von Kardinal Döpfner in seiner Predigt vom 16. Oktober 1960 über das deutsch-polnische Verhältnis (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 122) in ihrer Bedeutung voll

gewürdigt werden. Sie sind zwar nicht überall in Polen, aber doch von „Tygodnik Powszechny“, der repräsentativen Zeitung der polnischen Katholiken, zustimmend aufgenommen und als Grundlage für eine wirkliche Versöhnung anerkannt worden. Man muß sich aber in Deutschland darüber Rechenschaft geben, daß auch die polnischen Katholiken und, wie man sieht, selbst ihr Primas daran zweifeln, daß die deutsche öffentliche Meinung und die Regierungspolitik mit ihnen übereinstimmen. Es ist sicherlich zunächst eine Aufgabe der deutschen Katholiken, die Tabus abzubauen, die diesen Zweifeln Nahrung geben, und dem mutigen Vorstoß des Berliner Bischofs mehr Resonanz zu verschaffen.

Statt dessen mangelt es in Deutschland nicht an Äußerungen, die wenig Verständnis zeigen für die Situation der polnischen Kirche in der Frage der deutsch-polnischen Beziehungen. Als vor kurzem der Generalvikar des Apostolischen Administrators für das Bistum Ermland, Bischof Wilczynski, in Allenstein, bei der Wiedererrichtung des von Friedrich Wilhelm III. aufgehobenen Kollegiatkapitels in Guttstadt erläuterte, daß er de facto die volle bischöfliche Jurisdiktion über das Territorium der Diözese ausübe, berichtete die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ (22. 11. 60) davon unter der Überschrift „Polnischer Bischof pocht auf Gebietsrechte“. Der Inhalt des Berichts rechtfertigt diese Überschrift nicht. Der Bischof hat nach dem Bericht das politische Problem gar nicht erwähnt, sondern nur die kirchenrechtliche Lage dargestellt. Bedingt dürfte die Äußerung des Bischofs dadurch sein, daß der polnische Staat Eigentumsrechte an Kirchenvermögen beansprucht, weil er es als früheres „deutsches Eigentum“ betrachtet. Solange man in Deutschland rein kirchliche Maßnahmen oder Äußerungen, die — wie in diesem Falle — ihren guten Grund haben, in so affektgeladener Weise kommentiert, sät man Wind und erntet Sturm.

Auch im Innern hat sich der polnische Episkopat zu Anfang des Jahres bemüht, das Einvernehmen mit der Staatsgewalt wiederherzustellen. Im Januar traf Kardinal Wyszyński mit Gomulka zu einem langen, vertraulichen Gespräch zusammen. Es hatte die Wiederaufnahme der Verhandlungen der Gemischten Kommission im Frühjahr zur Folge. Der Kardinal wies in einem Rundschreiben den Klerus an, die Gläubigen zur Erfüllung ihrer sozialen Pflichten zu ermahnen und besonders vor einem eigenützigen Gebrauch des Streikrechtes zu warnen. Die Kirche unterstützte die Regierung in ihrem Kampf um die Steigerung der Produktion und die zu diesem Zweck notwendige Einschränkung der Lebenshaltung. Sie entsprach dadurch dem Verlangen der Regierung nach intensiverer Erfüllung ihrer „positiven Aufgaben“ im Dienste des staatlichen und wirtschaftlichen Aufbaus. Es war vorgesehen, daß auch die Beschwerden der Kirche, von denen noch zu berichten sein wird, entgegenkommend geprüft werden sollten. Zu diesem Zweck wurden zwei Unterausschüsse gebildet.

Unterbrechung der Kontakte zwischen Staat und Kirche

Die Verhandlungen wurden aber am 25. Mai 1960 abgebrochen. Den Grund dafür lieferten die Zwischenfälle in Nowa Huta bei Krakau, für die der staatliche Unterhändler Kliszko die Bischöfe verantwortlich machte. In der marxistischen Musterstadt hatten sich am 27. April katholische Demonstranten gegen die Entfernung eines Kreuzes

zur Wehr gesetzt. Das Kreuz stand an dem Platz, der seit langem für den versprochenen, aber immer wieder verzögerten Neubau einer katholischen Kirche vorgesehen war, nun plötzlich aber für ein Schulgebäude in Anspruch genommen werden sollte. Darüber kam es zu größeren Unruhen, zu umfangreichen Verhaftungen und am 14. Mai zu der Anschuldigung Gomulkas, daß die Unruhen durch „von der Kirche aufgehetzte Halbstarke“ verursacht worden seien. Die Antwort des Staates bestand im Abbruch der Verhandlungen. Der Zwischenfall von Nowa Huta wiederholte sich übrigens kurz darauf in Grünberg in Schlesien, wo am 30. Mai etwa 5000 Personen gegen die Beschlagnahme eines Hauses demonstrierten, das seit Kriegsende von der Kirche benutzt wurde.

Seit dieser Zeit sind die offiziellen Kontakte unterbrochen. Der Ton der gegenseitigen Verlautbarungen hat sich zunehmend verschärft. Vor allem aber haben die Eingriffe staatlicher oder vom Staat autorisierter Organe in die religiösen Belange so sehr zugenommen, daß auch solche Beobachter, die den Anliegen der Kirche neutral gegenüberstehen, wie die Pariser Zeitung „Le Monde“ (18. 11. 60) zu dem Urteil kommen: „Der Staat respektiert die Verpflichtung, die er der Kirche gegenüber eingegangen ist, nicht mehr.“ Der Geist des Abkommens vom 7. Dezember 1956 (Herder-Korrespondenz 11. Jhg., S. 168) scheint sich verflüchtigt zu haben. Die „Neue Zürcher Zeitung“ schrieb schon Ende August: „Man kann von einem neuartigen Feldzug sprechen, dessen Regie sich mannigfaltiger Druckmittel, meistens administrativen Charakters, bedient. Verglichen mit den Jahren des Stalinismus sind die jetzt gebrauchten Methoden insofern anders, als die Regierungsbehörden von simplen Polizeimaßnahmen absehen und auch auf eine laute Propaganda verzichten; die Auseinandersetzung vollzieht sich fast unter Ausschluß der Öffentlichkeit.“

Der Religionsunterricht

Das sichtbarste Beispiel für die Richtigkeit dieser Beobachtungen bietet der Religionsunterricht in den Schulen. Er ist durch das Abkommen von 1956 garantiert, und daran hat sich de jure nichts geändert. Daß er dennoch in diesem Jahre empfindlich beschränkt worden ist, dafür hat die im Jahre 1957 begründete „Gesellschaft für weltliche Schulen“ gesorgt, die „die Erziehung der Jugend im Geiste des weltlichen Moralempfindens“ auf ihr Programm geschrieben hat. Nach Angabe ihrer Generalsekretärin Jezierska gibt es im laufenden Schuljahr an rund 5000 Schulen keinen Religionsunterricht mehr, während es vor einem Jahr erst 900 waren. In Polen zählt man insgesamt 17 000 Volksschulen. An den Lehrerbildungsanstalten ist der Religionsunterricht anscheinend überall durch Vorlesungen über Ethik und Religionskunde ersetzt worden. Darüber hinaus berichtete „Trybuna Ludu“ (17. 8. 60), daß die „sozialistische Erziehungsrichtung“ in diesem Schuljahr allgemein verstärkt wird. Der Erziehungsminister Tulodziecki kündigte die Absicht an, den Unterricht in weltlicher Ethik und Religionskunde allgemein auszubauen. Auch Verteidigungsminister Spychalski befaßte sich mit der Frage der weltanschaulichen Bildung, als er im Mai die politischen Führungsorgane der Armee anwies, für die Verbreitung des materialistischen Gedankengutes unter den Soldaten zu sorgen und die „Reste des Liberalismus politischer und religiöser Prägung“ auszumerzen.

Eine andere pastorale Sorge bereitet den Bischöfen die Intensivierung der Propaganda für Schwangerschaftsunterbrechungen und Empfängnisverhütung. Beides widerspricht den kommunistischen Grundsätzen. Die Legalisierung der „sozialen Indikation“ durch das Gesetz vom Jahre 1956 und die Verstärkung der empfehlenden Aufklärung über die Geburtenkontrolle in neuerer Zeit wird als Notmaßnahme begründet. Polen hat nach Albanien die höchste Geburtenrate in Europa. Im letzten Jahr betrug sie 27 pro Tausend, in den Oder-Neiße-Gebieten sogar über 40; in der Bundesrepublik Deutschland dagegen nur etwa 17. Die Bevölkerung Polens wächst jährlich um eine halbe Million Menschen. Um dieses Wachstum aufzuhalten, wurden nach Angabe der Polnischen Presse-Agentur im 1. Vierteljahr 1960 in den Krankenhäusern 37 500 Eingriffe vorgenommen, zu denen noch schätzungsweise 19 000 anderweitig durchgeführte kommen. Das Jahr 1960 werde, wie es in der Meldung heißt, wohl die höchste Zahl dieser Eingriffe ergeben. In der Folgezeit erwartet man, daß die Propaganda für die Empfängnisverhütung ihr Absinken bewirken wird. Der polnische Episkopat hat dagegen das Jahr 1960, das dritte der Novene zur Vorbereitung der Tausendjahrfeier der Christianisierung des Landes, unter das Motto der „Achtung vor dem Leben“ gestellt und in Wort und Schrift die Verpflichtungen der Katholiken in dieser Sache überaus eindringlich betont. Er widmete diesem Anliegen den letzten Fastenhirtenbrief, und Kardinal Wyszyński gab diesem Thema in seinen Predigten breiten Raum. Dabei bediente er sich auch des Argumentes, daß Polen 80 Millionen Menschen ernähren könne, und nicht nur die 30 Millionen, die es gegenwärtig zählt. Darauf entgegnete ihm Gomułka in einer Rede vor dem Zentralkomitee der Partei ironisch, die Bischöfe würden vielleicht wunderbare Mittel finden, um die wirtschaftlichen Probleme zu lösen, die eine Bevölkerungsvermehrung in diesem Tempo mit sich bringe. Die Sorgen betreffen den Wohnungsbau, die Produktionssteigerung und den Arbeitsmarkt. Staatlicherseits ist man zwar bereit, anzuerkennen, daß die Kirche ihren Standpunkt nicht zu ändern vermag. Aber man unterstellt der kirchlichen so betonten Abwehr der staatlichen Bestrebungen mangelndes Verständnis für die Gegebenheiten, wenn nicht sogar die geheime Absicht, der Regierung nach Kräften Schwierigkeiten zu bereiten. Man ist der Ansicht, die Kirche müsse sich der Staatsräson wenigstens soweit fügen, daß sie sich der direkten Angriffe gegen die staatlichen Maßnahmen enthalte, und sieht in ihrer offenen Sprache einen Beweis dafür, daß sie den Staat nicht loyal unterstützt und so dem Geist der Koexistenz und gegenseitigen Toleranz entgegenhandelt.

Politik der Reibung und des Mißtrauens

Als Verstoß gegen diese Toleranz wird es auch empfunden, daß die Kirche allen Säkularisierungsbestrebungen sehr energisch entgegentritt. Dazu gehören die obligatorische Zivilehe, die Abschaffung hochgeschätzter kirchlicher Feiertage, wie der Feste Epiphanie und Mariä Himmelfahrt, die kürzlich vom Sejm beschlossen wurde, die Entscheidung von Eltern, ihre Kinder vom Religionsunterricht fernzuhalten, und alles, was dazu dienen soll, die Tätigkeit der Kirche auf den Kultus und den Kultraum zu beschränken. Wenn die Kirche alle diese Tendenzen

offen beim Namen nennt und die Gläubigen in entschiedener Sprache an ihre Pflichten und an die mit ihnen verbundenen Sanktionen erinnert, dann erscheint das der Gegenseite als Taktik der Einschüchterung, als Wille zur Macht und als Opposition gegen die gesellschaftliche Ordnung des Sozialismus, die die Kirche nur der Form nach anerkannt habe. Man beschuldigt sie eines zweideutigen Verhaltens, das auch den staatlichen Partner berechtige, Mittel anzuwenden, die sich der rechtlichen Kontrolle entziehen. So erweist sich die Theorie, daß man die geistige, weltanschauliche Auseinandersetzung von der faktischen Zusammenarbeit zum beiderseits anerkannten Gemeinwohl trennen könne, immer von neuem als Krisenherd, und das aus dem einfachen Grunde, weil das „Gemeinwohl“ nur eine gemeinsame Vokabel für ganz verschiedene inhaltliche Vorstellungen ist.

Selbstverständlich sind diese Vorstellungen nicht ganz und gar disparat. Die Erhaltung des Friedens und der nationalen Selbständigkeit Polens sowie die Entwicklung seiner wirtschaftlichen und seelischen Kräfte liegen allen am Herzen. Aber da der Kommunismus in alledem nur Mittel zur Verwirklichung seiner Idee erblickt und folgerichtig mit ihnen Schritt für Schritt seine innere Macht zu festigen sucht, die sich mit der Vollmacht der Kirche nun einmal nicht verträgt, ist es eine Illusion, in dem „Experiment“ der polnischen Katholiken, wie sie selbst es genannt haben, „den Keim einer Verständigung im weiteren Sinne zwischen den beiden gegensätzlichen Lagern“ zu vermuten (vgl. Stanislaus Stomma, *Der Schatten Winkelrieds*, „Die Furche“ 15. 8. 59). „Schein und Wirklichkeit“ überschreibt der „Osservatore Romano“ am 11./12. Juli 1960 seine Bilanz der Lage der Kirche in Polen. In der Tat ist die „Verständigung“ am Ende dieses Jahres ferner als an seinem Anfang.

Der Staat läßt die Kirche, soweit die Rücksicht auf die Stimmung des Volkes das gestattet, seine Macht fühlen, wenn er sie auch noch nicht direkt gebraucht. Er droht ihr mit exorbitanten Steuerforderungen, ohne diese im Augenblick zu vollziehen. Er läßt die Frage der Rechte am kirchlichen Eigentum in den annektierten deutschen Gebieten in der Schwebe. Er hat den Bischof von Kielce, Msgr. Kaczmarek, zwar in sein Bistum zurückkehren lassen, behandelt ihn aber wie Luft. Er läßt den Religionsunterricht bestehen, findet aber Mittel und Wege, ihn immer schneller zu erdrücken. Er beunruhigt die Priester- und Ordensseminare durch Kontrolle ihres Unterrichts und ihrer Bibliotheken. Die Zensur überwacht in unberechenbarer Weise alle Publikationen.

Spaltungsversuche unter den Katholiken

Auch der Versuch, die Katholiken und selbst den Klerus zu spalten, ist nicht aufgegeben. H. Stehle bemerkt in einem Bericht, ein hoher Funktionär habe ihm gesagt: „Für uns kann es gar nicht genug Gruppierungen und Gegensätze im katholischen Lager geben“ (*Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 2. 6. 60). Die „Pax“-Bewegung, in ihren materiellen Hilfsquellen unerschüttert, setzt ihre Tätigkeit fort. Sie besteht darin, in den Veröffentlichungen und Studienzirkeln im ganzen Lande mit einer geradezu akrobatischen Rhetorik die innere Vereinbarkeit von katholischem Glauben und sozialistischer Gesellschaftslehre zu beweisen und die Leser und Hörer zu überzeugten Sozialisten zu machen. Dabei überbietet man sich in Ehrfurcht vor dem Episkopat und vor der Kirche. Auch

eine Priesterorganisation hat sich wieder aufgetan, und zwar innerhalb der „Caritas“, die ja immer noch vom Staat und nicht von den Bischöfen kontrolliert wird. Dieser Priesterzirkel soll etwa 600 Mitglieder haben und gibt ein kleines Monatsblatt heraus. Er ist politisch nicht hervorgetreten, sondern beschränkt sich auf die „Mobilisierung des guten Willens zum Aufbau des Landes“ und den Kampf gegen die sozialen Laster. Aber dazu bedarf es ja keiner eigenen Priesterorganisation. Eine solche erinnert schon durch ihre Existenz an die Vorbilder in Ungarn und der Tschechoslowakei. Ihre wahre Bedeutung kann man vielleicht aus einem Rundschreiben des Bischofs Swirski von Siedlce an seinen Klerus (vgl. „The Tablet“, 22. 10. 60) erahnen. Der Bischof stellt fest, daß diese vom Episkopat nicht genehmigte Vereinigung die Geistlichen aufgefordert hat, sich in ihren finanziellen Sorgen an sie zu wenden, und ihnen dabei ihre Hilfe angeboten hat, daß sie demnach über erhebliche Mittel nichtkirchlicher Herkunft verfügt. Die angebotene Hilfe, so schreibt der Bischof, ist sicherlich nicht als Almosen für den Klerus gedacht und auch nicht als Anerkennung für sein seelsorgliches Wirken. Sie kann also nur den Preis für etwas anderes darstellen, das die Spender erwarten. Dann heißt es: „Ich unterstelle nicht, daß die Regierung von den Priestern mehr erwartet als eine Haltung des Stillschweigens. Schweigen genügt für ihr Vorhaben, die Kirche zu liquidieren. Da wir aber nicht schweigen dürfen, sondern reden und die Wahrheit verkündigen müssen, ist es klar, daß wir uns in unserer Freiheit nicht dadurch beschränken lassen dürfen, daß wir Geld annehmen und dadurch in gewisser Weise von der Regierung abhängig werden. Die Regierung, die es gibt, wird nicht vergessen, später ihre Rechte aus einem solchen ausdrücklichen oder stillschweigenden Abkommen geltend zu machen, und dann wird es nicht so einfach sein, aus dieser Abhängigkeit den Rückzug anzutreten.“

Auch die atheistische Bewegung mit drei Zeitschriften in Warschau, Bromberg und Kattowitz, ebenso wie die Organe der Gesellschaft für Religionswissenschaft und der für die weltlichen Schulen verfolgten ihre Ziele weniger direkt und in positiver Form als vielmehr in Gestalt der Polemik gegen die katholische Kirche, so daß es nicht unberechtigt erscheint, zu sagen, der Kommunismus kämpfe geistig vor allem durch die Mobilisierung aller antiklerikalen, antirömischen und antikirchlichen Affekte, Resentiments und Personengruppen.

Schlußfolgerungen

Man kann nicht behaupten, daß die katholische Kirche in Polen verfolgt werde oder auch nur ein Glied in der „Kirche des Schweigens“ sei. Aber als Katholik kann man sich auch nicht dem Urteil anschließen, das in der westlichen Presse schon fast zu einem Gemeinplatz geworden ist, daß nämlich die Kirche in Polen sich voller Freiheit erfreue. Darunter verstehen die Journalisten und viele westliche Besucher Polens die Möglichkeit zu der Tätigkeit, die sie gern mit dem Wort „religiöse Betreuung“ bezeichnen, d. h. zum Kult, zu einer rein spiritualistischen Verkündigung und der öffentlichen Bekundung der Frömmigkeit. Diese Möglichkeiten und sogar noch einige mehr besitzt die Kirche.

Inwiefern man dennoch von Freiheitsbeschränkungen sprechen muß, das zeigen nicht nur die angeführten Tatsachen, sondern auch die grundsätzliche Analyse, die kürzlich Henryk Korotyński in der Wochenschau der Polnischen Presse-Agentur vorgenommen hat. Der Verfasser besitzt als Chefredakteur der großen Zeitung „Zycie Warszawy“ eine maßgebende Stimme. Er sagt: Polen ist eine Volksdemokratie. Die Staatsgewalt liegt in den Händen der Partei, und ihr Ziel ist der Aufbau des Sozialismus. In diesem Lande bilden wie in wenigen anderen und in keinem sozialistischen Lande die Katholiken die große Mehrheit. Der Vorgang der Laisierung der Gesellschaft, für den der Sozialismus die wirtschaftlichen, sozialen und ideologischen Vorbedingungen schafft, ist ein Prozeß von langer Dauer. Noch lange werden Kirche und Klerus in Polen existieren. Noch lange werden idealistische und materialistische Weltanschauung sowie Gläubige und Ungläubige Seite an Seite leben. „Unter den gegenwärtigen Umständen“ muß der Sozialismus in einer Art und Weise aufgebaut werden, daß die religiösen Bekenntnisse diese Aufgabe möglichst wenig behindern. Man muß bestrebt sein, daß die religiösen Fragen keine Konflikte unter den Arbeitern schaffen und zur Verschwendung sozialer Energie führen. Deshalb solle die Religion nicht verfolgt, sondern ihre philosophische Wurzel ausgerottet werden. Gemäß der in Polen gegebenen Wirklichkeit „hat unsere Partei sich für die Koexistenz des Volksstaates und der Kirche ausgesprochen, eine Koexistenz in einem bestimmten Rahmen, in dem der ideologische Kampf zwischen der materialistischen Weltanschauung der Partei und der religiösen Aktivität der Kirche nicht in einen politischen Kampf ausartet und zur politischen Zerklüftung der Gesellschaft führt“ (vgl. „Informations Catholiques“, 15. 11. 60). Kann man aber wirklich von Freiheit sprechen, wenn der eine der beiden Partner offen erklärt, er gedenke den andern in der Wurzel auszurotten? Und wenn er den andern daran hindert, seine Freiheit gegen dieses Ziel einzusetzen? Und zwar gerade an der Generation der Zukunft?

Das Schweizer „Vaterland“ (26. 10. 60) berichtete von einer großen anonymen Meinungsumfrage der Illustrierten „Za i Przeciw“ über die religiöse Einstellung der Jugend. Danach haben sich 78,3% der befragten jungen Menschen im Alter von 15 bis 24 Jahren als religiös bekannt, nur 4,3% als atheistisch. Allerdings machen von den ersteren etwa 15% erhebliche Einschränkungen dogmatischer oder moralischer Art. Dieselbe Enquete fragte auch nach der politischen Gesinnung. Von den 24,4%, die sich als Kommunisten, Sozialisten oder Demokraten für das Regime aussprachen, bezeichneten sich 29,7% der jungen Kommunisten, 56,3% der Sozialisten und 73,5% der Demokraten als gläubige Katholiken. Aber niemand vermag zu sagen, welchen Substanzwert das Wort „gläubig“ im Munde der polnischen Jugend von heute, vor allem in den Städten und im Industriemilieu, besitzt, erst recht unter den Studenten. Es gibt viele Beobachtungen, die darauf schließen lassen, daß die tatsächliche Weltanschauung dieser Kreise der Jugend konformistisch ist und daß sie einfach leben will, daß sie „so gut wie gar keine Weltanschauung mehr hat“ (Die Welt, 22. 3. 60).